

*Entwicklung der städtischen und regionalen Verwaltung in den letzten 100 Jahren in Mittel- und Osteuropa. Bd. 1: Nationalreferate. Hrsg. von K. Kovács. Internationale rechtshistorische Konferenz Budapest, 12.—15. September 1977.*

Budapest 1978, 302 S.

Das Institut für ungarische Staats- und Rechtsgeschichte der Eötvös Loránd-Universität in Budapest veranstaltete vom 12. bis 15. September 1977 eine internationale rechtshistorische Konferenz, auf welcher die Entwicklungstendenzen der städtischen und regionalen Verwaltung in Bulgarien, Österreich, Polen, Rumänien, in der DDR, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei erörtert wurden.

Die an den Plenarsitzungen vorgetragenen neun Referate und die anschließende Zusammenfassung bilden den Inhalt des besprochenen Sammelbandes. Laut der im Vorwort enthaltenen Information ist vorgesehen, die in den Sitzungen der einzelnen Sektionen gehaltenen 50 Vorträge in zwei weiteren Bänden herauszugeben.

Aus einigen hinweisenden Bemerkungen und vom eigentlichen Thema her ist zu schließen, daß die Budapester Tagung an die im Mai 1972 in Pécs (Fünfkirchen) stattgefundene Konferenz über die Verwaltung Mitteleuropas anknüpft. Die Rechtshistorikerin I. Melzer befaßt sich vorwiegend mit der Bildung und Entwicklung der örtlichen Verwaltungsorgane in der DDR nach 1945. Der einzige westliche Vertreter, der mit einem Nationalreferat in der Plenarsitzung auftrat, ist der Wie-

ner E. Melichar, der sein Augenmerk auf eine kurzgefaßte historische Übersicht der städtischen und regionalen Verwaltung in Österreich während der vergangenen 100 Jahre richtete. Für Polen und die Tschechoslowakei waren je zwei Nationalreferate vorgesehen. In bezug auf die Tschechoslowakei wurden der Entwicklung in den böhmischen Ländern und der Slowakei gesonderte Vorträge gewidmet. Eines der aufschlußreichsten Referate hielt der Prager Rechtshistoriker K. Malý über das Thema „Zu den Tendenzen der Entwicklung der örtlichen Verwaltung in den böhmischen Ländern (1848—1945)“. Er weist auf die Tatsache hin, daß die örtliche Verwaltung in den böhmischen Ländern vorwiegend von den Selbstverwaltungsorganen ausgeführt wurde, die neben der eigentlichen Verwaltungstätigkeit eine wichtige politische Sendung, namentlich im Zeitabschnitt von 1848—1918, erfüllten; diese Selbstverwaltungsorgane wurden den nationalen Zielen des tschechischen Bürgertums unterstellt und dienten denselben. Nach 1918 schlug diese Tendenz in ihr Gegenteil um, eine Feststellung des Vortragenden.

Obwohl eine mangelnde zeitliche und inhaltliche Koordination mancherorts zu verspüren ist, kann der besprochene Sammelband als ein informativer und konzentrierter Überblick bezeichnet werden.